

Zum Zusammenhang zwischen seuchenpolitischen Maßnahmen und wirtschaftlicher Aktivität

Klaus-Jürgen Gern

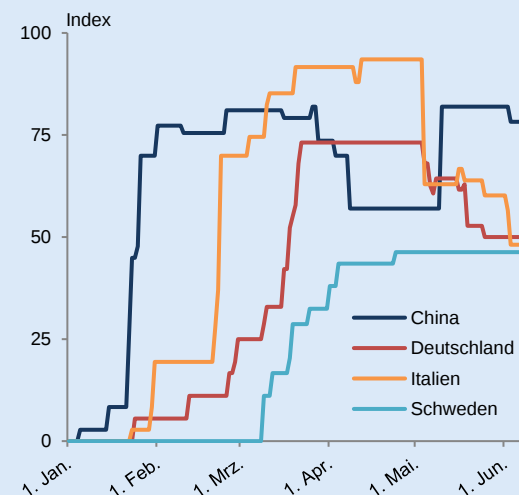
Weltweit haben Regierungen Maßnahmen ergriffen, um die Ausbreitung von Covid-19 zu verlangsamen oder einzudämmen. Diese haben die persönliche Freiheit häufig beträchtlich eingeschränkt und auch erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Aktivität, etwa durch das Verbot von Betätigung im Bereich des sozialen Konsums, beispielsweise durch die Schließung von Restaurants, Cafés oder Kinos und das Verbot von Großveranstaltungen wie Messen oder Sportereignissen. Vielerorts kam es außerdem zu Schulschließungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit bis hin zu strikten Ausgangsverboten, welche die ökonomische Aktivität sowohl nachfrage- als auch angebotsseitig empfindlich erschweren. Der Umfang der Corona-bedingten Verordnungen variierte freilich von Land zu Land, was den Zeitpunkt ihrer Einführung sowie Strenge und Dauer der regulatorischen Eingriffe angeht.

Vor diesem Hintergrund liegt ein Zusammenhang zwischen dem Ausmaß der verhängten Maßnahmen und den wirtschaftlichen Folgen der Pandemie nahe. Um erstere zu erfassen, greifen wir auf den von Forschern der Universität Oxford erstellten „Stringency“-Index zurück, der anhand von Informationen aus Zeitungen und Regierungsankündigungen über die Strenge der seuchenpolitischen Maßnahmen berechnet wird und für eine Vielzahl von Ländern zur Verfügung steht. (Abbildung 1). In China, wo die Pandemie ihren Ursprung nahm, verhängte die Regierung bereits Ende Januar einen weitreichenden Lockdown. Die europäischen Länder folgten etwa eineinhalb Monate später, wobei die Maßnahmen in Italien (ähnlich wie in Spanien oder Frankreich) wesentlich weitgehender waren als etwa in Deutschland. In Deutschland und Italien wurden die Restriktionen ab Anfang Mai sukzessive gelockert. Einen anderen Verlauf weist die Reihe für Schweden auf: Dort wurden zwar auch Großveranstaltungen untersagt und die Bevölkerung konnte sich zeitweise im Landesinnern nur eingeschränkt bewegen. Doch verzichteten die Behörden darauf, die Geschäftstätigkeit ganzer Bereiche (bspw. Restaurants und Kneipen) zu verbieten, und auch der Schulbetrieb wurde weniger stark eingeschränkt als andernorts. Der stringency-Index verzeichnet demnach in Schweden über weite Strecken ein deutlich niedrigeres Niveau als in anderen Ländern. Die Maßnahmen, die getroffen wurden, blieben aber auch bis zuletzt in Kraft.

Setzt man die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im ersten Quartal des laufenden Jahres in 34 Ländern in Beziehung zur Strenge der Maßnahmen – gemessen am Durchschnitt des Stringency-Index über die drei Monate – zeigt sich zwar ein negativer Zusammenhang (Abbildung 2). Dieser ist allerdings nicht sonderlich stark ausgeprägt und nur ein geringer Teil der Unterschiede zwischen den Zuwachsraten kann durch den Index erklärt werden – das Bestimmtheitsmaß einer linearen Regression des Index auf die Zuwachsraten beträgt 0,2. Dieser Befund könnte damit zusammenhängen, dass verschiedene seuchenpolitische Maßnahmen wie Schul- oder Betriebsschließungen, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit oder die Absage von Großveranstaltungen mit demselben Gewicht in den Index eingehen, obwohl diese die wirtschaftliche Aktivität möglicherweise in sehr unterschiedlichem Maße beeinträchtigen.

Hinzu kommen weitere Faktoren, die ebenfalls relevant sind, um die unterschiedlich starken Produktionseinbußen im Zuge der Pandemie zu erklären. Zum einen wird die Aktivität in Ländern, die selbst nicht stark von der Pandemie in Mitleidenschaft gezogen werden oder keine seuchenpolitischen

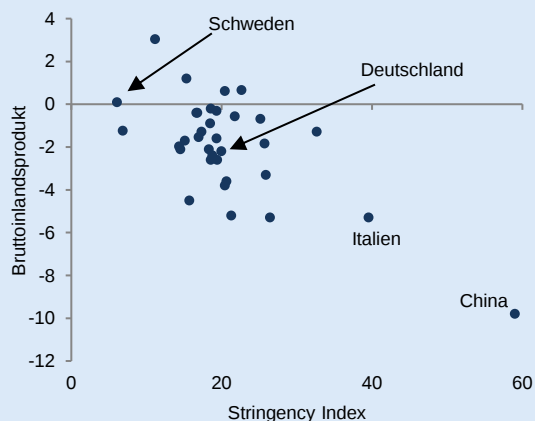
Abbildung 1:
Strenge staatlicher Eindämmungsmaßnahmen 2020



Tagesdaten. Letzte Beobachtung: 7.6.2020. Ein Indexwert von 100 entspricht strengstmöglicher Maßnahmen.

Quelle: Hale et al. (2020). Oxford COVID-19 Government Response Tracker, Blavatnik School of Government.

Abbildung 2:
Maßnahmenstrenge und Bruttoinlandsprodukt



Daten für 34 Länder. Bruttoinlandsprodukt: kalender- und saisonbereinigt, prozentuale Veränderung gegenüber dem vierten Quartal 2019. Stringency-Index: Durchschnitt im ersten Quartal des Jahres 2020.

Quelle: Hale et al. (2020). Oxford COVID-19 Government Response Tracker, Blavatnik School of Government; Eurostat, OECD, Deutsche Bundesbank.

Maßnahmen erlassen, direkt durch Maßnahmen in anderen Ländern (bspw. Reiseverbote) gebremst. Hinzu kommt eine verringerte Nachfrage aus den Ländern mit starken Beschränkungen oder die Unterbrechung von internationalen Lieferketten. Zum anderen dürfte es bei Haushalten und Unternehmen auch ohne Lockdown zu Verhaltensanpassungen kommen, wenn etwa der soziale Konsum freiwillig eingeschränkt wird, um das Ansteckungsrisiko zu vermindern. Darüber hinaus nimmt die Unsicherheit hinsichtlich der zukünftigen Einkommens- oder Absatzentwicklung stark zu, so dass Ausgabenzurückhaltung bei Haushalten und Unternehmen die ökonomische Aktivität bremst. Beobachtungen aus den Vereinigten Staaten stützen die Bedeutung dieser Faktoren: So ist die Entwicklung des Arbeitsmarkts in den verschiedenen Bundesstaaten weitgehend unabhängig davon, wann der Lockdown eingeführt wurde oder ob überhaupt zu solchen Maßnahmen gegriffen wurde (Kahn et al. 2020). Chen et al. (2020) zeigen zudem, dass die geleisteten Arbeitsstunden und die Mobilität bereits deutlich gesunken waren, bevor es zu Ausgangsbeschränkungen oder Schulschließungen kam.

Literatur

- Chen, S., D. Igan, N. Pierri und A. Presbitero (2020). The economic impact of Covid-19 in Europe and the US: Outbreaks and individual behaviour matter a great deal, non-pharmaceutical interventions matter less. VoxEU, 11.5.2020. Via Internet (16.06.2020): <https://voxeu.org/article/economic-impact-covid-19-europe-and-us>
- Kahn, L. B., F. Lange und D. G. Wiczer (2020). Labor Demand in the Time of COVID-19: Evidence from Vacancy Postings and UI Claims, NBER Working Paper No. 27061, April 2020.